

Die Verwirklichung der Millenniumsziele im Südlichen Afrika

Namibia

Die Kluft zwischen der Höhe des Prokopfeinkommens und der Lebensqualität entsprechend dem „Human Development Index“ (HDI) ist in Namibia sehr groß. Während das Land nach dem „Human Development Report“ 2005 im Blick auf das Prokopfeinkommen weltweit Platz 81 einnimmt, steht es beim HDI auf Platz 125. Die HDI-Werte haben sich seit Mitte der 1990er Jahre sogar verschlechtert. Darin zeigen sich die langen Schatten von Kolonialismus und Apartheid: Während das Land hohe Exporterlöse erzielt und eine Minderheit im Wohlstand lebt, ist die Armut der benachteiligten Bevölkerungsgruppen weiterhin groß. Das verzögert das Erreichen der Millenniumsziele, wie ein Regierungsbericht zu den „Millennium Development Goals“ aus dem Jahr 2004 bestätigt: „Die Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Eigentum ist weltweit unter den höchsten.“

Namibia ist erst seit 1990 ein unabhängiger Staat. Mit 824.000 Quadratkilometern gehört es zu den größten Ländern im Südlichen Afrika, hat aber lediglich eine Bevölkerung von knapp zwei Millionen Menschen, von denen 27% in Städten leben. Das durchschnittliche Prokopfeinkommen betrug 1.870 US-Dollar im Jahre 2003. Hierzu tragen Bergbau (Diamanten, Uran u.a.), Landwirtschaft (vor allem Viehzucht), Fischerei und Tourismus entscheidend bei. In den 1990er Jahren ist die Wirtschaft durchschnittlich um etwa 3,5% gewachsen, nur etwa 1% mehr als die Bevölkerung und damit nicht ausreichend, um Armut zu beseitigen und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Zu den Prioritäten bei der Verwirklichung der Millenniumsziele in Namibia sagte Helmut Angula, der Generaldirektor der Nationalen Planungskommission, im Juni 2005: „In Zukunft wollen wir noch mehr Ressourcen dafür einsetzen, HIV/AIDS und andere Krankheiten zu bekämpfen sowie Armut und regionale Ungleichgewichte zu beseitigen.“

Ziel 1:

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Die reichsten 7.000 Einwohner Namibias geben jedes Jahr ebenso viel aus wie die ärmsten 800.000. Unter diesen Reichen sind weiterhin viele Weiße, während die Armut vor allem unter der ländlichen schwarzen Bevölkerung groß ist. Besonders viele schwarze Jugendliche sind von tiefer Armut betroffen, denn die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 40% und ist damit doppelt so hoch wie diejenige älterer Erwachsener. 1995 lebten 34,9% der Bevölkerung in Armut und mussten mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen. Die meisten Armen leben in ländlichen Regionen.



Wegen fehlender Daten lässt sich noch nicht absehen, ob die Millenniumsziele auf diesem Gebiet erreicht werden. Es wird befürchtet, dass die Ausbreitung von HIV/AIDS den Grad der Verarmung größerer Bevölkerungsgruppen erhöhen wird.

Zur Armutsreduzierung setzt die namibische Regierung u.a. auf ein höheres Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie eine Politik im Interesse benachteiligter Gruppen wie Waisenkinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. In der Gesellschaft wächst der Druck in Richtung auf eine Landreform zugunsten der während der Kolonialzeit enteigneten schwarzen Bevölkerungsmehrheit in den ländlichen Gebieten. Die Regierung Namibias hat sich 2005 entschlossen, Farmen von weißen Familien gegen eine angemessene Entschädigung auch dann zu übernehmen, wenn die Eigentümer selbst nicht verkaufen wollen. In den ersten eineinhalb Jahrzehnten Unabhängigkeit hatten lediglich 118 von 4.000 weißen Farmerfamilien ihr Land an den Staat verkauft. Die weißen Farmer kontrollieren weiterhin etwa die Hälfte des landwirtschaftlich nutzbaren Landes.

Ökonomisch und sozial stark marginalisiert sind die San, die sogenannten Buschleute. Auch ihr politischer Einfluss ist gering, was die Durchsetzung legitimer Interessen sehr erschwert. Bei einer Befragung der Commonwealth Foundation nannten San die Armut als ihr größtes Problem, gefolgt vom Mangel an Unterkunft, Essen, Beschäftigung und Schreib- und Lesefähigkeiten. Es wurde auch die Befürchtung geäußert, die San seien vom Aussterben bedroht.

Am 27. April 2005 schlossen sich Organisationen der Zivilgesellschaft zu einer Initiative zur Überwindung von Hunger und Elend in Namibia zusammen. Sie fordern einen „Basic Income Grant“ von der Regierung von monatlich umgerechnet etwa 13 Euro im Monat für alle Einwohner Namibias. Zur einfacheren Verwaltung dieses Zuschusses

sollen alle Einwohner diesen Betrag erhalten, die Wohlhabenden und Reichen sollen aber zur Finanzierung des Vorhabens zu einer höheren Einkommenssteuer herangezogen werden. Dieses weltweit bisher einzigartige Vorhaben zur Armutsbekämpfung wird u.a. vom Kirchenrat Namibias, vom Gewerkschaftsbund, von der Vereinigung der namibischen Nichtregierungsorganisationen und dem Netzwerk der AIDS-Hilfe-Organisationen getragen. Peter Naholo, der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, begründete die Initiative so: „Wenn ein Arbeiter entlassen wird, heißt das ganz einfach Verlust jedes Einkommens. Verlust des Einkommens bedeutet Verlust der Hoffnung. Ohne Hoffnung liegt das Leben in Scherben. Wir müssen ihnen Hoffnung geben, dass es auch nach einer Entlassung Leben gibt.“

Ziel 2:

Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung

Von Anfang der 1990er Jahre bis 2001 hat sich der Anteil der Kinder, die in eine Grundschule aufgenommen wurden, von 89% auf 92% erhöht. Die Abbruchrate ist gemessen an anderen afrikanischen Ländern niedrig, sodass 94% der Kinder Klasse 5 erreichen. 1992 waren es erst 75% gewesen. Es gibt allerdings starke regionale Unterschiede in Einschulungsrate und Schulbesuch. In manchen ländlichen Gebieten geht nur etwa die Hälfte der Kinder zur Schule. Ebenso große Unterschiede gibt es bei der Ausstattung der Schulen und der Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer. In dem erwähnten Bericht der namibischen Regierung zur Erreichung der Millenniumsziele heißt es hierzu: „Während ein kleiner Prozentsatz privilegierter Kinder einen hohen Standard der Schulbildung genießt, wird eine solch qualitativ hochwertige Bildung der Mehrheit der namibischen Kinder vorenthalten.“ Die Beseitigung der regionalen und sozialen Unterschiede im Zugang zu einer guten Grundschulbildung stellt also weiterhin ein großes Problem dar, während Namibia das Ziel der Einschulung aller Kinder in die Grundschule bis 2015 ohne größere Probleme erreichen dürfte. 9% des Sozialprodukts und mehr als 20% des Staatsetats werden für Bildungszwecke aufgewendet.

Ziel 3:

Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

Im Bildungsbereich hat Namibia größere Erfolge auf dem Weg zu einer Chancengleichheit für Mädchen erreicht. So ist der Anteil der Mädchen im Sekundarschulbereich größer als der der Jungen, und auch an den Hochschulen nimmt ihr Anteil zu, obwohl sie dort noch in der Minderheit sind. Der Alphabetisierungsgrad von Mädchen und jungen Frauen ist höher als der von Jungen und jungen Männern. Allerdings gibt es auch beim Zugang von Mädchen zur Bildung starke regionale Unterschiede, die die Regierung in den kommenden Jahren abbauen will. Der Anteil der Mädchen in den Sekundarschulen ist weiterhin hoch, die den Schulbesuch wegen einer Schwangerschaft beenden müssen. Außerdem haben Frauen weiterhin geringe Aussichten in leitende Po-

sitionen in staatlichen Einrichtungen und Unternehmen aufzusteigen. Beim „Gender-Related Development Index“ nimmt Namibia von 140 erfassten Ländern nur Platz 96 ein, Mauritius als bestplatziertes Land im Südlichen Afrika hingegen den 54. Rang. Dazu trägt bei, dass Frauen in Namibia nur 51% dessen verdienen, was Männer erhalten.

Im ersten Parlament des unabhängigen Namibia betrug der Frauenanteil lediglich 9%. Er stieg bei den Wahlen 2001 auf 19% und 2005 auf 25,5%. Angestrebt werden mindestens 30% entsprechend der SADC-„Declaration on Gender and Development“.

Statistisch schwer erfassbar sind die weiterhin bestehenden kulturell bedingten Diskriminierungen von Frauen. Besorgniserregend ist, dass fast die Hälfte der Männer immer noch der Auffassung ist, dass es gerechtfertigt sei, Frauen zu schlagen, wenn sie die Kinder vernachlässigten, sich mit dem Ehemann streiten oder Sex ablehnen. Die Regierung hat sich entschlossen, gegen eine andere Form der traditionellen Benachteiligung von Frauen vorzugehen und auf gesetzlichem Wege ihre Erbrechte zu stärken, nachdem viele traditionelle Führer fortfahren, Frauen und Kindern nach dem Tod des Mannes ihre Erbrechte zu verweigern. Bei einer Konferenz zu Eigentumsrechten von Frauen Anfang August 2005 in Windhuk berichtete ein Kind: „Als mein Vater gestorben war, kamen mein Onkel und seine Frauen und nahmen uns alles, was wir hatten, auch den Fernseher.“ Eine von der Familie ihres Mannes beraubte Frau sagte auf der Konferenz: „Wenn ich nur Frauen davor warnen könnte zu heiraten, ich würde es tun, nach all dem, was mir passiert ist.“ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass trotz der bestehenden Benachteiligungen schon einiges unternommen worden ist, um gleiche Rechte für Mädchen und Frauen durchzusetzen.

Ziel 4:

Senkung der Kindersterblichkeit

Der Anteil der lebend geborenen Kinder, die im Alter unter fünf Jahren sterben, hat sich von 1991 bis 2001 von 8,7% auf 7,1% vermindert. Trotz des Erfolges gibt es zwei gravierende Probleme. Zum einen ist die Zahl der unterernährten Kleinkinder weiterhin hoch, was u.a. darin zum Ausdruck kommt, dass 2000 knapp ein Viertel von ihnen untergewichtig war. Noch gravierender wirkt sich die Übertragung von HIV/AIDS von den Müttern auf Babys aus. Es wird befürchtet, dass dies die Erreichung des Millenniumsziels im Jahre 2015 sehr erschweren wird. Mit antiretroviralen Medikamenten kann eine Übertragung der Krankheit von den Müttern auf die Kinder in den meisten Fällen verhindert werden. Aber bisher haben zu wenige HIV positive Frauen Zugang zu dieser Behandlung.

Ziel 5:

Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Die vorliegenden Statistiken deuten darauf hin, dass sich die Zahl der Mütter erhöht hat, die bei der Geburt eines Kindes sterben. Waren dies 1992 pro 100.000 Geburten

225, so stieg dieser Anteil bis 2000 auf 271. Auch wenn es Zweifel gibt, ob die statistischen Angaben zutreffend sind, sind sie beunruhigend. Ein Grund dafür ist, dass jede fünfte werdende Mutter HIV positiv ist, oft verbunden mit einer gesundheitlichen Schwächung. Eine wichtige Maßnahme, um die Müttersterblichkeit zu vermindern, besteht darin, dass eine zunehmende Zahl von Geburten von einer medizinisch ausgebildete Person begleitet werden soll. War dies 1992 bei 68% der Geburten der Fall, so stieg dieser Wert bis zum Jahre 2000 auf 75% und soll 2006 88% erreichen. Es bedarf großer Anstrengungen, das Millenniumsziel, die Müttersterblichkeit bis 2015 um drei Viertel zu vermindern, zu erreichen. Dass pro Einwohner Namibias jährlich durchschnittlich 342 US-Dollar für die Gesundheitsversorgung ausgegeben werden (Stand 2001, zum Vergleich 70 Dollar im Nachbarland Angola), sagt wenig über den Zugang der armen städtischen und ländlichen Bevölkerung zu dieser Versorgung, lässt bei einer gerechteren Verteilung aber hoffen, dass die Müttersterblichkeit drastisch vermindert werden kann.

Ziel 6:

Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten

Im Jahre 1986 wurden die ersten vier Fälle von HIV/AIDS in Namibia bekannt. Ende 2003 lebten bereits 136.000 Menschen mit HIV/AIDS. Seit Mitte der 1990er Jahre ist AIDS die wichtigste Todesursache. Im Jahre 2005 werden etwa 24.000 Menschen an dieser Krankheit sterben, alle 20 Minuten ein Mensch. Nach Berechnungen des „Namibia Network of AIDS Service Organisations“ hat sich die Zahl der Menschen mit HIV/AIDS bis zum Frühjahr 2005 auf fast 215.000 erhöht. Namibia ist damit eines der fünf Länder der Welt, die am stärksten von der Krankheit betroffen sind. Von 1991 bis 2001 hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung von 59 auf 48 Jahre vermindert. Es gibt gegenwärtig etwa 100.000 Waisenkinder, von denen die meisten ihre Eltern durch AIDS verloren haben. Bis 2021 wird eine Erhöhung der Zahl der Waisenkinder auf 250.000 befürchtet. Das Internationale Rote Kreuz hat die Ausbreitung der Krankheit im Grenzgebiet von Nordnamibia und Botswana untersucht und ist Anfang 2005 zum Ergebnis gekommen, dass auf der namibischen Seite fast 40% der Erwachsenen zwischen 15 und 49 Jahren HIV positiv oder bereits an AIDS erkrankt sind, im Landesdurchschnitt waren es 2004 17,3% der Menschen.

Die AIDS-Aufklärung der Regierung und zahlreicher Nichtregierungsorganisationen zeigt Wirkung. Im Jahre 2000 verfügten 86% der Bevölkerung über zutreffende Informationen über die Krankheit und die Übertragungswege. Es gibt umfassende Konzepte der Prävention, Behandlung und Pflege von Erkrankten. Eine Zurückdrängung der Krankheit oder zumindest eine Begrenzung auf das jetzige Niveau bis 2015 wäre ein beachtlicher Erfolg und würde u.a. den Ausbau des Gesundheitswesens und die Verfügbarkeit preiswerter Medikamente erfordern. Im Februar

2005 erhielten 10.620 Personen antiretrovirale Medikamente, bis 2007 ist angestrebt, diese Zahl auf 25.000 zu erhöhen. Wenn man davon ausgeht, dass die Zahl der Menschen, die mit HIV/AIDS leben, bis dahin noch ansteigt, kommen 2007 nur etwa 10% der Betroffenen in den Genuss der lebensverlängernden Medikamente.

Mehr als die Hälfte der namibischen Bevölkerung lebt in Malaria-gefährdeten Gebieten. Für Kinder unter fünf Jahren ist Malaria die wichtigste Todesursache. Besonders von der Krankheit betroffen sind wirtschaftlich arme Regionen Nordnamibias, die durch die Folgen der Krankheit noch ärmer werden. Als eine Maßnahme soll die Verwendung von mit Insektiziden behandelten Moskitonetzen stärker gefördert werden. Mit solchen Schritten kann das Millenniumsziel erreicht werden, die Ausbreitung der Krankheit zum Stillstand zu bringen und sie allmählich zurückzudrängen.

Ziel 7:

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Der größte Teil der namibischen Bevölkerung hängt von der Landwirtschaft ab, vor allem von einer extensiven Viehzucht. Nur 1% der Fläche des Landes dient dem Ackerbau. Die landschaftliche Schönheit Namibias trägt entscheidend dazu bei, dass jedes Jahr etwa eine Million Touristen ins Land kommen. Dies ist ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor.

Namibias Ökosysteme werden durch eine zunehmende Abholzung und Überweidung beeinträchtigt, verbunden mit einer Ausweitung der Wüstengebiete. Bedeckten Waldgebiete 1990 noch 10,7% der Fläche Namibias, so waren es 2001 nur noch 9,8%. Die Biodiversität Namibias ist bedroht, aber auch die wirtschaftlichen Folgen der Kombination von Klimaveränderungen und menschlichen Eingriffen sind bedenklich, vor allem in der Landwirtschaft. Die Selbstversorgung der ländlichen Bevölkerung ist bedroht, und es besteht die Gefahr, dass die Mangelernährung in Teilen des Landes zunimmt. Die Klimaveränderungen im Südlichen Afrika erschweren alle Bemühungen, der „Verwüstung“ des Landes entgegenzutreten. Eine Untersuchung der Universität Oxford kam 2005 zum Ergebnis, dass die Kalahari-Region in den kommenden Jahrzehnten heißer und trockener werden wird. Verbunden mit der Übergrasung droht dies dazu zu führen, dass die Dünen ihre Stabilität verlieren und in Bewegung kommen, mit verheerenden Folgen für die an die Wüsten angrenzenden Gebiete. David Thomas von der Universität Oxford sagte hierzu: „Es wird sehr viel schwieriger für die Menschen werden, ihr Vieh am Leben zu halten und auf Dauer sesshaft in der Kalahari zu existieren.“ Durch die Bewahrung der Wasservorräte und das Pflanzen von Bäumen könne der Prozess aber verlangsamt werden.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1990 hatte nur 43% der ländlichen Bevölkerung Zugang zu sauberem Wasser. 2001 waren dies bereits 80%, und bis 2015 will die Regierung 87% erreichen. Das Ziel einer Halbierung der Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser ist

also erreicht. Es gibt aber große regionale Unterschiede. In den Städten haben mehr als 98% der Menschen Zugang zu Wasser. Die Abwasserentsorgung ist in einem wesentlich schlechteren Zustand. Bei der Unabhängigkeit verfügten nur 15% der ländlichen Bewohner über eine zumindest grundlegende sanitäre Entsorgung, bis 2001 war dieser Wert nur auf 21% gestiegen. Angestrebt werden bis 2015 65%. In den städtischen Gebieten ist der Grad des Anschlusses an eine sanitäre Entsorgung von 1991 bis 2001 als Folge der raschen Urbanisierung sogar von 89% auf 82% gesunken. Um den angestrebten Anschlussgrad von 98% bis 2015 zu erreichen, sind noch große Investitionen erforderlich, zumal ein weiteres rasches Wachstum der Städte erwartet wird. Eine landesweite Halbierung der Zahl der Menschen ohne sanitäre Entsorgung von 1990 bis 2015 erscheint möglich.

Ziel 8:

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Das durchschnittlich relativ hohe Prokopfeinkommen hat dazu geführt, dass Namibia von den Vereinten Nationen in die Gruppe der „lower middle-income countries“ eingeordnet wurde. Dies hatte zur Folge, dass sich die jährlichen Entwicklungshilfeleistungen pro Kopf der Bevölkerung von 130 auf 60 US-Dollar vermindert haben. Die aus der Apartheidzeit ererbten strukturellen sozialen Probleme bleiben bei einer solchen Einordnung und der Reduzierung der Hilfe unbeachtet. Präsident Hifikepunye Pohamba sagte im Juni 2005 in einem Interview: „Wenn die Experten das Einkommen der wohlhabenden Leute auf die Bevölkerung verteilen, sehen sie das Prokopfeinkommen als hoch an. Darin liegt das Problem. Aus diesem Grunde werden wir ausgeschlossen ... Wir werden ausgeschlossen, weil wir als ein Land mit mittelhohem Einkommen angesehen werden. Wir sehen dies als unfair an, und es wird von Experten bestimmt, die weit entfernt sitzen und nicht vor Ort waren, um die tatsächliche Situation kennen zu lernen.“

Deutschland ist seit der Unabhängigkeit Namibias 1990 der größte bilaterale Geber. 2003 wurden 28,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, mit 15,5 Euro pro Kopf der Bevölkerung einer der höchsten Beträge, die ein afrikanisches Land erhält. Im Mai 2005 kündigte Bundesentwicklungsministerin Wieczorek-Zeul an, dass die Hilfe verdoppelt werden soll. All dies ist vor dem Hintergrund von Verbrechen während der deutschen Kolonialzeit zu sehen. Die EU-Unterstützung betrug 2003 15,9 Millionen Euro. Insgesamt erhielt Namibia 2002 135,1 Millionen Dollar Hilfe.

Zu den positiven Entwicklungen gehört, dass Namibia in beachtlichem Umfang ausländische Investoren gewinnen konnte, die in der Textil-, Leder- und Diamantenverarbeitung Betriebe aufgebaut haben. Allerdings sind meist industrielle „Inseln“ entstanden, denen eine breite Ausstrahlung in die umgebende lokale Wirtschaft fehlt. Sorge bereitet Namibia wie anderen Staaten im Südlichen Afrika, dass sie Ende 2004 den bevorzugten Zugang für ihre Textilprodukte auf dem europäischen und nordamerikanischen Markt verloren haben. Es ist in der namibischen Textilindustrie bereits zu größeren Entlassungen gekommen.